

Gezielte Antworten werden notwendig

Die Kritik der ÖVP, die in anderen Bereichen eher diffus wirkt, ist in diesem Punkt am stichhaltigsten. Sie verweist auf das Dilemma der Hierarchie, in einem Fall zu viel gerechnet und eingegriffen zu haben, und im anderen Fall den Vorwurf hinnehmen zu müssen, daß sie die Zügel schleifen lasse. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn im Zusammenhang mit der komplexen Materie der Vorschlag geäußert wurde, man möge doch überprüfen, wer für die Kirche in grundsätzlichen politischen Fragen sprechen könne und solle, ob es wirklich so vorteilhaft ist, wenn immer wieder die Bischöfe zu derartigen Stellungnahmen herausgefordert werden. So kam es u. a. zur Anregung, man möge in Österreich ein „Nationalkomitee der Katholiken“ gründen, das von Diözesanräten und ähnlichen Gremien beschickt werden soll, um für befugte und verbindliche Aussagen legitimiert zu sein. Das „Zentralkomitee deut-

scher Katholiken“ hat dabei eine gewisse Beispielswirkung, obwohl alle Beteiligten bereits feststellten, ein solches österreichisches Gremium müsse einen ganz anderen Aufbau und eine völlig verschiedene Struktur aufweisen, da der Verbandskatholizismus in Österreich anders gegliedert ist, und andererseits eine Beschränkung auf den Verbandskatholizismus eine zu enge Basis ergebe.

So bedeutsam diese Frage ist: sie deckt nur einen Teilbereich ab. Insgesamt steht die Kirche in Österreich (und sicher nicht nur hier) vor der Herausforderung, ihre gesellschaftsgestaltende Kraft mit neuen Methoden besser und verständlicher wahrzunehmen, ohne sich in die Parteiraster der Vergangenheit einpassen zu lassen. Und das Verlangen, die Kirche möge doch endlich aus der Phase des bloßen Reagierens herausfinden, ist zu breit geworden, als daß man es bagatellisieren könnte. Gezielte Überlegungen dieser Art in Richtung Zukunft sind unerlässlich.

Fritz Csoklich

Interview

Entwicklungspolitik kontrovers

Gespräche mit Jürgen Gerhard Todenhöfer (CDU/CSU) und Uwe Holtz (SPD)

Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe sind nach wie vor keine Themen, die in der Bevölkerung auf erhöhte Aufmerksamkeit oder gar verständnisvolles Interesse stoßen. Der entwicklungspolitische Schlagabtausch zwischen den Experten bzw. engagierten Kreisen der politischen Parteien dagegen hat in letzter Zeit stark zugenommen. Wir wollten deshalb von Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer, dem entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, und von Dr. Uwe Holtz, dem entwicklungspoli-

tischen Sprecher der SPD-Fraktion, der gleichzeitig Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, Einzelheiten über die Position der Parteien besonders hinsichtlich der gegenwärtig von den Entwicklungsländern geforderten „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ und der für die Bundesrepublik damit verbundenen Konsequenzen – nicht zuletzt bei Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation mit privaten Trägern – erfahren. Gesprächspartner war Norbert Sommer.

Marktwirtschaft als Alternative zur Planwirtschaft

HK: Herr Dr. Todenhöfer, Sie sind als entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion in der letzten Zeit häufiger an die Öffentlichkeit getreten mit oft herber Kritik an der Entwicklungspolitik der Bundesregierung. Kann man davon ausgehen, daß das Echo Ihrer Aktivitäten in der Presse dem wirklichen Stellenwert der Entwicklungspolitik in der CDU/CSU entspricht?

Todenhöfer: Der Stellenwert der Entwicklungspolitik im weitesten Sinne ist in der CDU/CSU in den letzten vier Jahren ganz entscheidend gestiegen. Das zeigt u. a. das sehr

große Interesse der anderen Kollegen in der Fraktion und die Tatsache, daß auch andere Ausschüsse sich verstärkt mit entwicklungspolitischen Themen zu befassen beginnen.

HK: Die entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU waren ja insofern etwas Neues, als erstmals eine Partei überhaupt so etwas verabschiedet hat. Kann man davon ausgehen, daß das entwicklungspolitische Konzept von der Basis der CDU zur Kenntnis genommen worden ist und dort auch akzeptiert wird?

Todenhöfer: Wir haben die „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ wenige Wochen vor der Bundestagswahl durch das Parteipräsidium verabschieden lassen. Die Tatsache, daß die CDU den Mut hatte, diese Leitlinien, die eine ganze Reihe auch harter Forderungen an die eigene Bevölkerung stellen, kurz vor der Wahl zu beschließen und dann diese Konzeption der Öffentlichkeit vorzustellen, zeigt eigentlich, daß die CDU bereit ist, Entwicklungspolitik mit allen Konsequenzen zu machen. Wie weit der Prozeß an der Basis oder in der Bevölkerung überhaupt gediehen ist, kann ich natürlich ohne Umfragen nicht beurteilen. Ich kann nur sagen, daß ich auf vielen Veranstaltungen vor Bürgern, die sonst mit Entwicklungspolitik nichts zu tun haben, gesprochen habe und auf außerordentlich großes Verständnis gestoßen bin, was mich überrascht hat. Oft wurde ich dabei gefragt, warum hat man uns nicht früher über all diese Dinge, die im Jahre 1985 auf dem Tisch liegen werden, informiert. Ich habe ein Buch geschrieben über eine Internationale Soziale Marktwirtschaft mit teilweise sehr harten Forderungen*. Nach ersten harten Reaktionen von Parteifreunden, die es für politisch unklug hielten, so ein Buch kurz vor der Wahl vorzustellen, habe ich feststellen müssen, daß mir das überhaupt nicht geschadet hat, obwohl ich in einem strukturschwachen Gebiet kandidiert habe, in dem eine ganze Reihe von Firmen von notwendiger Umstrukturierung betroffen sind. Das zeigt, daß man auch mit unpopulären Maßnahmen, wenn man sie erklärt und wenn man offensiv nach vorne geht, Wählerstimmen gewinnen kann.

HK: Nun gibt es aber doch innerhalb der CDU/CSU in den verschiedenen Kreisen wie Sozialausschüsse oder Unternehmergruppen offensichtlich noch Differenzen in der Bewertung der entwicklungspolitischen Konzeption der Partei. Wie wollen Sie diese Kluft überbrücken?

Todenhöfer: Es gibt sicher Meinungsunterschiede. Ich kann mir natürlich vorstellen, daß die Verbände, die strukturell durch den Welthandel bedrohte Branchen vertreten, mit den Forderungen nach einer schrittweisen Liberalisierung, einem der Pfeiler unseres entwicklungspolitischen Konzepts im Rahmen einer internationalen Marktwirtschaft, nicht einverstanden sind. Aber das ist selbstverständlich und ist sogar legitim. Sie kämpfen für ihre eigenen Interessen. Die Mehrheit hat sich aber gegenüber diesen Verbänden durchgesetzt.

„Wir haben es nicht leicht, als Oppositionspartei harte Forderungen an die Bevölkerung zu stellen“

HK: Ist es nicht unmöglich, das zu verwirklichen, was im Programm steht, wenn solche Differenzen innerhalb der Partei vorhanden sind?

Todenhöfer: Ich habe nicht geglaubt, daß unpopuläre Forderungen so viel Zuspruch finden würden. Und ich hatte die Widerstände fast noch härter eingeschätzt, als sie dann am Ende waren.

HK: Es wird oft behauptet, die CDU hätte es insofern leichter, eine entwicklungspolitische Konzeption zu verabschieden, als sie ja zur Zeit nicht in der Regierungsverantwortung stehe. Wie würde das, was in der Konzeption steht, bei einer Regierungsverantwortung der CDU/CSU in die Tat umgesetzt werden?

Todenhöfer: Vieles würde man wohl nur schrittweise umsetzen können. Es ist ein langfristiges Programm. Aber wir haben es nicht leicht, als Oppositionspartei harte Forderungen an die Bevölkerung zu stellen. Wenn wir heute vors Fernsehen gehen und sagen, wir brauchen mehr Entwicklungshilfe, oder wenn wir z. B. sagen würden, die Steuern müßten erhöht werden, wenn wir also unpopuläre Maßnahmen fordern, dann hat das unmittelbare Wirkung auf den Wähler, auch wenn wir Oppositionspartei sind. Der Wähler macht meines Erachtens keinen großen Unterschied, ob die Oppositionspartei etwas Unpopuläres sagt oder ob die Regierungspartei etwas Unpopuläres tut.

HK: Aber Sie könnten ja auch nur einen Haushaltsplan aufstellen, der mit der allgemeinen Finanzlage vereinbar ist. Sie haben vor der Verabschiedung der entwicklungspolitischen Konzeption der CDU gesagt, haushaltspolitische und konjunkturpolitische Schwierigkeiten dürften nicht zur Einengung des entwicklungspolitischen und außenpolitischen Spielraums der Bundesrepublik führen. Wie sähe so etwas dann konkret aus?

Todenhöfer: Hier müssen Sie den Hintergrund sehen. Auf Antrag des deutschen Entwicklungsministeriums wurde 1973 von der Europäischen Gemeinschaft beschlossen, daß Haushaltsschwierigkeiten möglichst den Umfang der Entwicklungshilfe nicht beeinträchtigen sollten. Doch die ersten, die sich nicht an die gemeinsame europäische Resolution gehalten haben, waren die Deutschen. Als 1976 die Schwierigkeiten auftraten, haben wir die mittelfristige Finanzplanung fast halbiert. Wir von der CDU haben damals die ursprüngliche Forderung der Bundesregierung in ähnlicher Form in unsere Konzeption übernommen. Bei der Verteidigungspolitik kann man in einem schwierigen Jahr auch nicht einfach sagen, jetzt schicken wir eben ein Drittel unserer Truppen nach Hause. Ebenso wenig kann man in der Entwicklungspolitik sagen, da wir ein schwieriges Jahr haben, geben wir nur zwei Drittel der ursprünglich vorgesehenen Mittel. Entwicklungshilfe ist eine Form der Sicherheitspolitik, nämlich der Sicherung unserer Zukunft. In einem gewissen Sinne werden hier auch Werte verteidigt, wie unsere Grundwertvorstellungen, die nur eine Chance haben, wenn die Kluft zwischen Nord und Süd nicht immer größer wird; und unser wirtschaftliches System, das keine Chance haben wird, wenn es eines Tages total isoliert zwischen lauter sozialistischen oder kommu-

* J. G. Todenhöfer, Wachstum für alle. Plädoyer für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft, Seewald-Verlag, Stuttgart 1976.

nistischen Wirtschaftssystemen stehen wird; und in der Tendenz wenigstens das freie marktwirtschaftliche Weltwirtschaftssystem, das nur dann eine Chance hat, wenn wir eine soziale Komponente ähnlich wie bei der sozialen Marktwirtschaft mithineinbringen. Wenn wir auf all das verzichten, dann wird es eben in einigen Jahren diese freie Weltwirtschaftsordnung nicht mehr geben, sondern eine mehr oder weniger planwirtschaftliche.

HK: Die CDU war sehr lange in der Regierungsverantwortung, und unter einer CDU-Regierung wurde das Entwicklungsministerium eingerichtet. Gäbe es nun einen Unterschied zwischen der Politik, die damals abgebrochen werden mußte, und dem, was heute, wenn die CDU an die Regierung käme, wieder neu beginnen würde?

Todenhöfer: Der Unterschied liegt sehr stark im ordnungspolitischen Bereich. Wir gehen anders als die – ich sage jetzt einmal – sozialdemokratische Bundesregierung, weil die Freien Demokraten sich meistens nicht durchsetzen können in diesen Fragen, davon aus, daß eine freie und soziale Weltwirtschaftsordnung die Lösung der Zukunft ist. Und die Sozialdemokraten, auch wenn sie in dieser Frage gespalten und unter der herben Kritik der Opposition manchmal zurückgewichen sind, glauben eben letztlich doch, daß man nur mit viel mehr Planwirtschaft in der Weltwirtschaft die Probleme in den Griff bekommen kann. Das sehen Sie an den Aufsätzen des Ausschußvorsitzenden, Herrn Holtz, und daran, daß wir uns auf das integrierte planwirtschaftliche Rohstoffprogramm immer stärker zubewegen. Im Augenblick sind wir mit den Amerikanern, Kanadiern, Japanern und Australiern, die alle härter sind als wir, die härteste Nation in dieser planwirtschaftlichen Frage. Trotzdem gibt es überhaupt keinen Zweifel, daß die SPD, wenn sie allein Entwicklungspolitik machen würde, dem längst zugestimmt hätte. Unter dem Vorsitz Willy Brandts hat die Sozialistische Internationale ja bereits gesagt, daß die Probleme der Weltwirtschaft in Zukunft nicht mehr durch den Kapitalismus, wie die Sozialdemokraten die Marktwirtschaft häufig nennen, gelöst werden könnten, sondern daß man neue Wege gehen müsse, die nur sozialistische sein können.

HK: Aber es gibt auch noch Unterschiede zwischen der Anschauung der Sozialistischen Internationale, der SPD und beispielsweise Bundeskanzler Helmut Schmidt ...

Todenhöfer: Als ich vorhin sagte, daß die SPD in diesem Punkt gespalten ist, habe ich an Schmidt und Apel gedacht. Es gibt hier sehr merkwürdige Frontstellungen. Sehr stark auf Verwirklichung planwirtschaftlicher Vorstellungen haben in der letzten Legislaturperiode gedrängt Entwicklungsminister Bahr und Außenminister Genscher – eine ganz merkwürdige Konstellation, vielleicht um des lieben Friedens willen, aber meines Erachtens sehr kurzsichtig – und die meisten SPD-Minister, soweit sie sich damit befaßt haben. Auf der anderen Seite standen Apel – zu einem großen Teil wohl aus finanzpolitischen Gründen, weil das In-

tegrierte Rohstoffprogramm als Kernstück der neuen Weltwirtschaftsordnung sehr viel Geld kostet – und Schmidt. Schmidt hat jedoch erst reagiert, als die Opposition ihn massiv immer und immer wieder angegriffen und diesen Weg in den Dirigismus kritisiert hat.

HK: Sie verbuchen die Haltung des Bundeskanzlers in dieser Frage also als einen Erfolg der Opposition?

Todenhöfer: In diesem Falle ist es nachweisbar ein Erfolg, aber wahrscheinlich nur ein mittelfristiger Erfolg der Opposition, denn Schmidt ist in der Zwischenzeit auch Schritt unter dem Druck der anderen europäischen Länder, die alle ihre Haltung geändert haben, und unter dem Druck der SPD-Fraktion zurückgewichen.

„Wir müssen das Integrierte Rohstoffprogramm im Interesse der Entwicklungsländer verhindern und ihnen ein wirksameres Modell geben“

HK: Stünde eine CDU-Regierung nicht sehr isoliert da, wenn Sie selbst sagen, daß die anderen europäischen Länder einen anderen Kurs einschlagen? Man spricht von Europäisierung der Politik und von einer europäischen Politik. Da scheinen sich doch sehr große Klüfte aufzutun.

Todenhöfer: Wenn man Europa will, muß man die Form eines Bundesstaates wollen. Aber man muß auch einen bestimmten Inhalt wollen. Und Europa ist für uns nicht mit jedem Inhalt akzeptabel. Ein kommunistisches Europa als Bundesstaat wäre z. B. für uns nicht akzeptabel. Nach der sechsten UN-Sondergeneralversammlung – es war jene Energiekonferenz nach der Ölkrise – haben noch sämtliche europäischen Länder mit Ausnahme der Niederlande, die sich für einen planwirtschaftlichen Kurs entschieden haben, die neue Weltwirtschaftsordnung und das Integrierte Rohstoffprogramm abgelehnt. Die Bundesregierung ist relativ untätig gewesen. Dies hat dazu geführt, daß nicht die Deutschen ihre Bundesgenossen halten konnten, sondern daß die Holländer einen nach dem anderen herübergezogen haben. Die Franzosen haben an ihre Kolonien gedacht, die Engländer und Holländer natürlich auch. Aber das ist alles erst in den letzten zwei Jahren ins Rutschen gekommen. Ich bin der Auffassung, daß es sich auch wieder in die andere Richtung schieben läßt und daß ohne Deutschland und Amerika überhaupt nichts geht. Ansatzpunkt einer CDU-Politik wäre, hier zusammen mit den USA eine klare, auch harte marktwirtschaftliche Position zu halten. Jetzt besteht die Gefahr, daß die Amerikaner wegrutschen, wenn die Deutschen wegrutschen, weil sie keine Lust haben, ewig auf der Welt als die häßlichen Amerikaner dargestellt zu werden. Aber es gab ganz klar bis zum 26. März auf der Gipfelkonferenz in Rom eine gemeinsame Position zwischen Washington und Bonn, der sich dann auch andere europäische Länder anschließen würden.

HK: Sie haben die Neue Weltwirtschaftsordnung als eine Zeitbombe von noch unbekannter Sprengkraft bezeichnet. Als einzig glaubwürdige Alternative dazu nannten Sie die Internationale Soziale Marktwirtschaft. Welches sind die Schwerpunkte eines solchen Konzepts?

Todenhöfer: Wir haben heute im Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern im Prinzip eine marktwirtschaftliche Weltwirtschaftsordnung – auch mit sozialen Komponenten, etwa der Entwicklungshilfe. Diese muß jedoch noch marktwirtschaftlicher und sozialer werden. Vier Punkte sind dabei sehr wichtig. 1. Mehr Marktwirtschaft durch schrittweise Öffnung der Märkte der Industrieländer für die Waren der Entwicklungsländer. 2. Als Kehrseite dieser nach draußen gerichteten Maßnahme eine marktkonforme vorausschauende, aber keine antizipatorische Strukturpolitik, um in Europa die Folgen dieser Marktöffnungen abfangen zu können. Hier müssen wir die technologische Flucht nach vorne antreten. Wenn wir in einzelnen Branchen Einbrüche erleiden, müssen wir in einer Etage höher unsere Waren verkaufen können. 3. Eine langfristig starke Erhöhung der Entwicklungshilfe. 4. Als Alternative zum Integrierten Rohstoffprogramm ein wirksames System der Exporterlösstabilisierung.

HK: Denken Sie dabei an ein System entsprechend dem Modell von Lomé?

Todenhöfer: Nein, Lomé hat viele Fehler, und auch die Bundesregierung, die trotz unserer Kritik damals bei Lomé das STABEX-Modell durchgesetzt hat, übt inzwischen selbst herbe Kritik an dem dort gewählten Modell. Seine Schwächen sind, daß es einmal am einzelnen Rohstoff ansetzt, d. h., wenn ein Entwicklungsland Einbrüche in einem Rohstoff hat, in allen anderen aber die Preise steigen, kann es trotzdem Ausgleichszahlungen erhalten. Das ist Nonsense! Zweitens hat es den Nachteil, daß es für die ärmsten Länder bereits bei einer Abweichung der Exporterlöse um 2,5 Prozent Ausgleichszahlungen vorsieht. Wer die Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Statistik der Entwicklungsländer etwas kennt, wird mir zugeben, daß sich 2,5 Prozent noch im Bereich des statistischen Irrtums – um es einmal vornehm zu sagen – bewegen. Inzwischen hat übrigens die Bundesregierung auf unser ständiges Drängen hin ein Exporterlösstabilisierungsmodell vorgelegt, das allerdings diese zuletzt genannte Schwäche weiterhin hat. Begrüßenswert ist jedoch, daß dabei ca. 25 Rohstoffe zusammengefaßt werden, und der Gesamterlös aus diesen Rohstoffen genommen wird. Bedauerlich dagegen ist, daß die Bundesregierung dieses Modell nicht als marktwirtschaftliche Alternative zum Integrierten Rohstoffprogramm angeboten hat, sondern – weil sie so spät damit gekommen ist – nur noch in der Lage war, dies zusätzlich anzubieten. Und das halte ich wiederum für ein politisches Versäumnis, für das wir noch teuer bezahlen werden. Wir müssen das Integrierte Rohstoffprogramm im Interesse der Entwicklungsländer verhindern und ihnen ein wirksameres Modell geben.

HK: Ihre Kritik am Integrierten Rohstoffprogramm sagt u. a., daß dies einen unglaublichen Aufwand an Geld und Verwaltung mit sich bringe. Dann stellt sich aber auch die Frage, wie das von Ihnen propagierte Programm einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft durchgesetzt werden kann. Wer soll dabei zuständig sein für die sozialen Belange bzw. die Durchführung des Konzeptes?

Todenhöfer: Sie können die Weltwirtschaftsordnung letztlich nur am *Leitbild* einer sozialen Marktwirtschaft ausrichten, weil sie die Rolle des Staates nicht haben. Die Vereinten Nationen sind in ihrer derzeitigen moralischen Verfassung nicht in der Lage, die Rolle des Staates zu übernehmen, und deswegen können diese Beschlüsse immer nur auf Konferenzen gefaßt werden. Das ist ein ordnungspolitischer, aber letztlich kein politischer Mangel dieses Konzeptes. Mir ist es lieber, auf internationalen Konferenzen wird über soziale Hilfen an Entwicklungsländer entschieden als vor den Vereinten Nationen, wo einfach die nackte Mehrheit regiert, über Grundrechte hinweggeht und damit ihre moralische Legitimität verspielt, die Stelle zu sein, die innerhalb der Internationalen Sozialen Marktwirtschaft verteilt.

HK: Am bisherigen Verlauf der Konferenzen im Rahmen des Nord-Süd-Dialoges haben Sie ebenfalls Kritik geübt. Welches sind Ihre Alternativ-Vorschläge für die Verhandlungen auf dieser Ebene?

Todenhöfer: Der Kernpunkt unserer Kritik ist der, daß man schrittweise in einer Art Salamitaktik auf das Integrierte Rohstoffprogramm zuschittert. Erst hatte die Bundesregierung grundsätzlich nein gesagt, dann war sie nur noch gegen eine Indexierung. Erst setzte sie sich für Einzelrohstoffabkommen ein, später stimmte sie einer Clearingstelle zu. Ich kann Ihnen schon heute voraussagen, daß aus dieser Clearingstelle ein Fonds werden wird, der immer stärker die einzelnen Rohstoffabkommen koordiniert und damit den internationalen Rohstoffdirigismus herbeiführt, den die Bundesregierung verhindern wollte. Das sind so unendlich viele Schritte in die falsche Richtung gewesen. Und das ist unsere Kernkritik. Es wird einfach keine Entwicklungspolitik nach vorne gemacht. Die Bundesregierung hat diese ganzen Konferenzen falsch angegangen, da sie der neuen Weltwirtschaftsordnung kein eigenes Konzept für eine offensive Verhandlung gegenüberstellte. So hat man immer nur diskutiert auf der Basis des Konzepts der Entwicklungsländer. Und dieses war ein planwirtschaftliches und dirigistisches Konzept, ausgerichtet und orientiert an den Erfolgen, die das OPEC-Kartell mit seinen Ölpreiserhöhungen gehabt hat. Ich kritisiere meine Parteifreunde, wenn sie für Entwicklungshilfe kein Verständnis zeigen, genauso hart wie die Regierung. Aber ich meine einfach, hier ist Kritik nötig gewesen, und hier ist Kritik in der Zukunft nötig, weil diese Pläne viel kosten, den Entwicklungsländern letztlich aber nichts nützen werden. Schauen Sie sich an, welche Summen der europäische Agrarmarkt verschlingt – und das an-

dere ist Agrarmarkt hoch fünf oder hoch zehn. Es klingt natürlich alles sehr populär in entwicklungspolitisch interessierten Kreisen, wenn man den Forderungen der Entwicklungsländer nachgibt. Aber ich frage mich eben, ob Entwicklungspolitik nur die Rolle von Beruhigungsmitteln hat oder ob man nicht ein bißchen weiterdenken und sich überlegen sollte, ob die Dinge den Entwicklungsländern wirklich nützen.

HK: Nun kommt gerade aus Kreisen, die Sie eben angesprochen haben, die Kritik, daß von seiten der CDU den Entwicklungsländern ein Konzept aufgezwungen werde, indem man sagt, sie müßten sich an unsere Ordnung halten, wenn sie vorankommen wollen. Die CDU überlasse den Ländern der Dritten Welt nicht die Entscheidung, ihren eigenen Weg zu finden. Wie stehen Sie zu dieser Kritik?

Todenhöfer: Wenn ich von Internationaler Sozialer Marktwirtschaft spreche, spreche ich ja nicht von der Ordnung *innerhalb* der einzelnen Entwicklungsländer, sondern von der Wirtschaftsordnung *zwischen* den Entwicklungsländern und zwischen ihnen und den Industrieländern. Das ist eine Sache, bei der wir genauso mitzusprechen haben, weil wir voll beteiligt sind, und wo sich meines Erachtens die Marktwirtschaft gegenüber der Planwirtschaft – wie z. B. der Vergleich mit dem Comecon zeigt – durchgesetzt hat. Ich will aber auch der anderen Frage nicht ausweichen. Ich bin der Auffassung, daß langfristig eine soziale Marktwirtschaft auch in den Entwicklungsländern eine anstrebenswerte Strategie ist. Es ist nur nicht unser Recht, eine derartige Strategie den Entwicklungsländern aufzuzwingen. Aber der Osten bietet doch den Entwicklungsländern auch seinen Kommunismus in einer großen ideologischen Offensive als Weg. Die Sozialisten bieten den demokratischen Sozialismus als Entwicklungsweg an. Warum sollten wir eigentlich, die wir doch in der Tat mit der sozialen Marktwirtschaft einen Glückstreffer gemacht haben, diese nicht in die Diskussion mit den Entwicklungsländern einbringen? Wenn ein Entwicklungsland die Diskussion verweigert, dann ist es sein gutes Recht. Aber wir sprechen mit ihnen heute über Strategien, und dann muß auch diese Frage auf den Tisch. Ich weiß ganz genau, man kann nicht von heute auf morgen eine soziale Marktwirtschaft verwirklichen, ebensowenig wie einen Sozialismus. Aber man kann sie langfristig anstreben.

HK: Nun wird Ihnen vorgeworfen, Sie möchten allen kommunistisch oder sozialistisch ausgerichteten Ländern Hilfe verwehren. Auf Befreiungsbewegungen wollen Sie sich grundsätzlich nicht einlassen. Ist das entwicklungspolitisch realistisch?

Todenhöfer: Wir haben im Entwicklungsausschuß eine Empfehlung an den Haushaltsausschuß ausgesprochen, daß gegenüber einer Reihe von Ländern im Jahre 1977 eine Sperre der geplanten Zusagen ausgesprochen werden solle.

Die SPD hat das abgelehnt. Es waren folgende Gruppen von Ländern: einmal aggressiv kommunistische, dann solche, die sich in die militärische Globalstrategie der Sowjetunion einbauen, wie z. B. Somalia, und drittens Länder, die den internationalen Terrorismus unterstützen, wie z. B. der Jemen. Wir haben bei *einigen* sozialistischen Ländern den Vorschlag gemacht, die bisherigen Zusagen zu sperren, diese Sperren aber wieder aufzuheben, wenn ein derartiges Land – wir haben z. B. Vietnam genannt – zu gewissen Gegenleistungen bereit ist. Oder wenn die sicherheitspolitischen Bedenken dadurch z. B. aufgehoben würden, daß ein Land seinen politischen Kurs ändert oder seine gegen den Westen gerichtete militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aufgibt. Wir haben einfach zu bedenken, daß Entwicklungspolitik eine eigenständige Politik ist, aber nicht isoliert von Außenpolitik und Sicherheitspolitik gesehen werden darf. Sie muß koordiniert werden. Und es kann Gesichtspunkte geben, die dazu führen, daß der sicherheitspolitische Gesichtspunkt durchschlägt.

„Wir müssen zu einem Zustand kommen, daß alle Länder in etwa die gleichen Chancen haben“

HK: In den drei bisher genannten Fällen scheint die Anwendung eines entwicklungspolitischen Radikalenerlasses einigermaßen unbestritten zu sein. Nun ist aber z. B. Präsident Carter jetzt so weit, daß er praktisch die gesamte amerikanische Hilfe koppeln will mit einer Überprüfung der Menschenrechtssituation in den Empfängerländern. Wäre dies auch das Konzept der CDU?

Todenhöfer: Ich glaube, daß im größten Teil der Entwicklungsländer die Menschenrechte, wie wir sie verstehen, nicht beachtet werden. Nun kann man sich auf den moralischen Standpunkt stellen, auf den sich die SPD immer dann stellt, wenn es ihr gerade gefällt, hier werden Menschenrechte verletzt, und deshalb geben wir kein Geld mehr. Das hat Bahr übrigens auch einmal so vertreten. Dann haben wir sofort die Rechnung aufgemacht, daß dann die meisten Länder kein Geld mehr bekommen dürften. Daraufhin hat sich Herr Bahr auf die Formel zurückbegeben, die für Chile genau paßte, daß ein Land, das einmal eine Demokratie war und dann eine Diktatur einführt, keine Entwicklungshilfe mehr bekommt. Es war sein Pech, dann eine Reise nach Indien zu machen. Die Journalisten haben ihn gefragt, wie es nun mit der Bahr-Doktrin stehe. Da kam er dann völlig ins Schleudern und behauptete einfach, in Indien sei eine Demokratie und er habe „großen Respekt vor dieser Frau“. Aber das Problem ist damit nicht gelöst. Wir haben in unserer Konzeption gesagt, daß Entwicklungshilfe mit Menschenrechten sehr viel zu tun hat und auch zum Ziel haben muß, für unsere Grundwerte in der Dritten Welt zu werben. Das Recht dazu beruht auf der Partnerschaft, die wir mit den Entwicklungsländern haben und auf den durch die Vereinten Nationen anerkannten Menschenrechten. Da wir jedoch

Realpolitik machen müssen, haben wir gesagt, wir werden Entwicklungshilfe immer so zu vergeben versuchen, daß Ansätze zur Wiederherstellung der Menschenrechte und der Demokratie unterstützt werden. Wir sind also nicht den Weg gegangen, den Carter angedeutet hat, den er im übrigen nie durchhalten wird. Der Chile-Streit war meines Erachtens ein Streit, der von der linken Presse bewußt hochgezogen worden ist, denn eigentlich ging es nur um die völkerrechtliche Zusage eines Kapitalhilfe-Kredits an Chile und um die Grundfrage, ob wir völkerrechtliche Zusagen generell einhalten oder nicht. Wenn es diese völkerrechtliche Zusage nicht gäbe, hätte ich allerschwerste Bedenken. Chile wäre kein großer Empfänger von CDU-Entwicklungshilfe geworden.

HK: In ihrem Konzept wird die Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern besonders betont. Aber ist nicht Voraussetzung für eine solche Partnerschaft eine etwa gleiche Ausgangsposition? Da diese sicherlich derzeit nicht gegeben ist, stellt sich die Frage, wie sich das Konzept einer sozialen Marktwirtschaft durchsetzen läßt.

Todenhöfer: Man kann volkswirtschaftlich nachweisen, daß die internationale Arbeitsteilung auch dann Vorteile für den schwächeren Partner bringt, wenn der stärkere Partner in allen Bereichen besser und billiger produzieren kann. Dabei ist es für beide letztlich vorteilhaft, wenn sich das reiche Land auf die Herstellung des Produktes beschränkt, bei dem seine Vorteile am größten sind, und dem Entwicklungsland die Produktion überläßt, bei der dieses relativ gut dasteht. Deshalb habe ich immer gefordert, gebt diesen Ländern die Chance, gewisse Waren zu exportieren, und öffnet unsere Märkte dafür. Um die Chancen der Entwicklungsländer zu verbessern, wollen wir ja gerade den schwachen Ländern Entwicklungshilfe geben. Wir wollen ihnen die Integration in die Weltwirtschaft erleichtern, indem wir ihnen z.B. bei ihren Zahlungsbilanzschwierigkeiten helfen und Exporterlösstabilisierungsmodelle anbieten. Aber all das werden sehr lange Prozesse sein. Doch auch das muß einmal gesagt werden: Entwicklungshilfe wird und kann nicht auf alle Ewigkeit geleistet werden. Wir müssen zu einem Zustand kommen – dies wird allerdings noch sehr viel Zeit brauchen –, daß alle Länder in etwa die gleichen Chancen haben. Das wird dazu führen – und wir müssen es akzeptieren –, daß auch wir überholt werden können.

HK: Ist es aber nicht aussichtslos, ein solches Konzept, das doch die Interessen vieler berührt und in vielen Bereichen ein Umdenken nötig macht, gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und gegenüber Gewerkschaften und anderen Interessengruppierungen durchzusetzen?

Todenhöfer: Die Gewerkschaften haben ein Buch zur Struktur- und Entwicklungspolitik herausgebracht. Herr Vetter hat es bei einer Pressekonferenz vorgestellt und sich dabei entwicklungspolitisch sehr engagiert gegeben. In der letzten Konsequenz werden die Gewerkschaften natürlich

versuchen, die Interessen des einzelnen Arbeitsplatzes, auch wenn dafür irgendwo anders drei neue entstehen werden, zu verteidigen. Aber ich glaube, daß bei ihnen ein Umdenkungsprozeß nötig und möglich wäre. Und wenn man der Bevölkerung sagt, daß die deutschen Arbeiter doch recht tüchtig sind und keinerlei Grund besteht, pessimistisch zu sein bezüglich der eigenen Leistungskraft, dann schlägt die Stimmung relativ schnell um. Sagt man ihr aber, sie hätte keine Chance gegen die ausländische Konkurrenz, dann sieht das anders aus. Die Chance des deutschen Arbeiters liegt im großen Fleiß, in der Präzision, in der Intelligenz. Damit können wir uns der Konkurrenz stellen, ohne Angst haben zu müssen.

HK: Die personelle Hilfe ist ein Teilbereich der gesamten Entwicklungshilfe. Woran liegt es Ihrer Meinung, daß sie dennoch in letzter Zeit in den Programmen und Konzepten kaum Erwähnung findet?

Todenhöfer: Zur personellen Hilfe ist anzumerken, daß es wie Kraut und Rüben durcheinanderght. Der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) weiß häufig nicht, daß nebdan die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) tätig ist oder eine internationale Organisation. Wir haben deswegen im Bundestag ein Gesamtkonzept gefordert, das zwar die Pluralität der einzelnen personellen Institutionen beibehält, gleichzeitig aber eine vernünftige Koordination herbeiführt. Wir haben innerhalb unserer Arbeitsgruppe – da von seiten der Bundesregierung auf unsere Forderung nach einem Gesamtkonzept der personellen Hilfe nichts gekommen ist – eine eigene Gruppe gebildet, die sich ausschließlich mit der Erarbeitung eines solchen Konzeptes befaßt.

HK: Sie sind also grundsätzlich der Meinung, daß die personelle Hilfe ein wichtiger Bestandteil der Entwicklungshilfe bleiben muß?

Todenhöfer: Ja, ein sehr wichtiger, und wir werden gesetzgeberisch in dieser Frage parlamentarische Vorstöße im Deutschen Bundestag noch in dieser Legislaturperiode unternehmen.

„Die Kirchen sollten ihre neutrale Rolle so weiterspielen, wie sie es bisher vorzüglich getan haben“

HK: In der bisherigen Regierungszeit der SPD/F.D.P.-Koalition haben die Kirchen an der Arbeit fast aller Ministerien Kritik geübt. Auffallend ist jedoch, daß das Entwicklungsressort als einziges durchwegs verschont geblieben ist. Bedeutet das, daß die Kirchen in dieser Frage der Koalition näherstehen und daß sich die CDU mit ihrem Konzept den Kirchen entfremdet hat?

Todenhöfer: Nein, die Kirchen sind entwicklungspolitisch außerordentlich stark engagiert. Und das scheint mir der

Hauptgrund zu sein, warum sie sich – zumindest nach draußen – aus der Kritik an der Regierung herausgehalten haben. Sie haben aber auch nicht die Opposition kritisiert, was sie ja auch tun könnten. Ich weiß aber, daß die Kirchen sehr deutlich ihre entwicklungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung und auch der Opposition mitgeteilt haben.

HK: Daß die Kirchen die Opposition nicht kritisiert haben, trifft so nicht zu. Zwar war es eine andere Ausgangsposition, doch als die entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU vorgelegt wurden, haben die Kirchen sehr dezidiert Stellung bezogen und z.T. massiv Kritik geübt...

Todenhöfer: ... auf unseren Wunsch hin, das war eine völlig andere Situation. Wir haben einen Zwischenbericht vorgelegt und ihn den Kirchen und anderen Organisationen zugestellt und um Kritik gebeten. Dann haben die Kirchen eine Reihe von Anregungen gegeben, die eingearbeitet worden sind, z.B. Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, verstärkte Hilfe für die Unterstützung der freien Träger. Ansonsten verfolgen die Kirchen, mit denen ich auch einen immer sehr erfreulichen Kontakt habe, die Strategie, intern auf die Parteien und auf die Regierung einzuwirken. Ich halte das für ein adäquates Konzept.

HK: Kommt die Kritik nicht indirekt auch darin zum Ausdruck, daß kirchliche Stellungnahmen zur neuen Weltwirtschaftsordnung und auch zum Integrierten Rohstoffprogramm in letzter Zeit anders ausfallen als die entsprechenden Stellungnahmen der CDU?

Todenhöfer: Aber auch anders als die Stellungnahmen der Bundesregierung! In ihrem Memorandum vor Nairobi zur Neuen Weltwirtschaftsordnung sprechen die Kirchen von einer *sozial verpflichteten* Weltwirtschaftsordnung. Das ist nicht weit von unserer Forderung nach einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft entfernt. Und in ihren Einzelstellungnahmen haben die Kirchen teilweise Forderungen der Entwicklungsländer begrüßt und teilweise kritisiert oder gar in Frage gestellt. Ich habe das Memorandum auch da, wo ich nicht derselben Auffassung bin, mit großer Freude gelesen, weil es mit großem Engagement und großer Sachkenntnis geschrieben war. Ich glaube, daß sich keine Partei dieses gemeinsame Papier der beiden Kirchen mehr an den Hut stecken kann und das auch nicht tun sollte. Man sollte die Kirchen nicht mißbrauchen für unsere eigenen Stellungnahmen. Die Kirchen sollten ihre

neutrale Rolle so weiterspielen, wie sie das bisher vorzüglich getan haben.

HK: In Ihrem Buch haben Sie einen besonderen Passus dem Thema Wachstum und Lebensqualität gewidmet und dabei „Apostel der Lebensqualität“ und „Verfechter der Lebensqualitätsideologie“ abqualifiziert und das Null-Wachstum als einen politischen Offenbarungseid eingestuft. Auf der anderen Seite kommen aus den Kirchen heraus immer häufiger Anregungen zur Bildung von Gruppen, die sich bewußt im Konsum einschränken und einen einfacheren Lebensstil propagieren. Und das Motto von Misereor lautete dieses Jahr: „Anders leben, damit andere überleben“. Ist das nicht auch ein Beweis für die fortgesetzte Entfremdung zwischen Ihrer Partei und den Kirchen auf diesem Gebiet?

Todenhöfer: Ich glaube wirklich, daß das Null-Wachstum eine Einbahnstraße ist. Denn wenn Sie beim Null-Wachstum den Entwicklungsländern mehr geben wollen, dann müssen Sie unseren Bürgern etwas wegnehmen, d.h., Sie müssen enteignen. Und Entwicklungshilfe läßt sich wie alle sozialen Maßnahmen viel leichter leisten, wenn sie vom Zuwachs geleistet wird. Im übrigen hat jeder das Recht, für seine persönliche Philosophie sehr bescheiden und mit ganz geringen Ansprüchen zu leben. Nur ist die Frage, ob ich das auch von anderen verlangen kann. Und insofern habe ich gar nichts dagegen, wenn Herr Eppler sagt, wir brauchen keine 200 oder 300 Wurstsorten, sondern nur drei. Das mag für ihn richtig sein, aber er soll es nicht von anderen erzwingen wollen. Und wenn jemand sich entschließt, Mönch zu werden, dann ist das ein hochlöblicher Entschluß, wirklich eine der großen Alternativen, die jemand für sein Leben fassen kann. Aber es wird barbarisch, wenn Menschen dazu gezwungen werden, Mönche zu werden. Doch jetzt zur volkswirtschaftlichen Frage. Wenn wir Null-Wachstum hätten, weniger produzieren würden, dann würden unsere Arbeitnehmer weniger Geld verdienen. Dann könnten sie auch weniger kaufen – auch von den Entwicklungsländern. Das ist also volkswirtschaftlich eine Fehlrechnung. Was den Appell von Misereor betrifft, so möchte ich ihn jetzt nicht interpretieren. Ich glaube aber, daß er sehr viel Richtiges enthält, denn wenn man sich dazu entschließen würde, einen bestimmten Betrag des Einkommens für die Entwicklungsländer auszugeben, dann wäre das eine wertvolle Hilfe. Aber Null-Wachstum ist für die Entwicklungsländer schädlich.

Zugeständnisse an die Entwicklungsländer nötig

HK: Herr Dr. Holtz, können Sie kurz umreißen, welchen Stellenwert Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe innerhalb der SPD einnehmen?

Holtz: Der Stellenwert der Entwicklungspolitik in der

SPD war bis vor kurzem nicht größer als der Stellenwert, der ihr in der breiten Öffentlichkeit zukommt. Das heißt also, daß die Entwicklungspolitik bis vor einigen Jahren nur eine marginale Rolle im Gesamtspektrum der Politik gespielt hat. Aber seit 1973, seit dem Erdölschock, dieser